

Horst Scheffler
Pfarrer
Vorsitzender AGDF
Konrad-Adenauer-Straße 10
55270 Zornheim
horstheinzscheffler@gmx.de

Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen
Zur Friedensdenkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland,
Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2007, 128 S.

Die Suche nach dem Konsens

Allen wohl und niemandem weh, beste Grüße von der EKD, witzeln Kritiker über die neue Friedensdenkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Sie kritisieren das die Gattung Denkschrift bestimmende Konsensprinzip und vermissen die Eindeutigkeit in politischen Wertungen und konkreten Handlungsanweisungen. Doch was will eine Denkschrift? In Denkschriften solle nach Möglichkeit ein auf christlicher Verantwortung beruhender, sorgfältig geprüfter und stellvertretend für die ganze Gesellschaft formulierter Konsens zum Ausdruck kommen, erläutert Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber, der Vorsitzende des Rates der EKD, im Vorwort zur Denkschrift, die einen wirklich erstaunlich breiten Konsens in der Analyse heutiger weltweiter Friedensgefährdungen und im Aufzeigen politischer Friedensaufgaben bietet. In der Analyse werden die globalen sozioökonomischen Probleme, das Staatsversagen und der Zerfall politischer Gemeinschaften, die Bedrohungen durch Waffengewalt, die kulturellen und religiösen Gefahren und die Schwächung des Multilateralismus untersucht. Hier heißt der Befund, große Mächte – gemeint sind vor allem die USA – stützten multilaterale Institutionen nur insoweit, wie es eigenen Interessen diene. Wenn aber multilaterale Verpflichtungen nur eingeschränkt respektiert würden, seien die Folgen Rechtsunsicherheit und Gefährdung des Rechtsfriedens. An erste Stelle der aufgezeigten politischen Friedensaufgaben steht konsequenterweise die Forderung, die universalen Institutionen, vor allen die Vereinten Nationen, als Weltorganisation zu stärken. Die weiteren Forderungen heißen: Europas Friedensverantwortung wahrnehmen, Waffenpotentiale abbauen, zivile Konfliktbearbeitung ausbauen und menschliche Sicherheit und Entwicklung verwirklichen.

Ein Dokument ökumenischen Denkens

Die Denkschrift erweist sich als ein Dokument erfreulich ökumenischen Denkens in den kirchlichen Positionen zur Friedensethik und Friedenspolitik. In ihr wird – wie schon die deutschen Katholischen Bischöfe im Jahr 2000 in ihrem Hirtenwort „Gerechter Friede“ es getan haben – vom Grund einer Ethik des gerechten Friedens her argumentiert: Christen leben aus dem Frieden Gottes. Und wer aus dem Frieden Gottes lebt, tritt für den Frieden in der Welt ein. So vielgestaltig und unterschiedlich der Einsatz von Christen und Kirchen für den irdischen Frieden auch ausfällt, immer gründet das Engagement auf Gottes Verheißung und Gebot und auf dem gemeinsamen Glauben. Dieser Glaube deutet umfassend das menschliche Leben im Verhältnis zu Gott, zu dem einzelnen selbst und zu den anderen Menschen. Gottes Friede will gegeben und weitergegeben, geschenkt und bezeugt werden, damit immer mehr Menschen aus dem Frieden Gottes leben können.

Der Friede Gottes und der Gottesdienst

Eine wesentliche Aussage der Denkschrift sei besonders hervorgehoben, nämlich die Betonung des Zusammenhangs von Gottes Frieden und dem Gottesdienst. Der Friede Gottes wird nämlich in jeder Feier der christlichen Gottesdienste vergegenwärtigt. Mit dem Friedensgruß „*Friede sei mit euch*“ und mit dem Zuspruch des Segens „*Gehet hin in Frieden*“ wird der Friede Gottes wirksam ausgeteilt. Die Evangelische Kirche in Deutschland bekräftigt diesen Zusammenhang von Gottes Frieden und Gottesdienst, wenn sie feststellt: „*Jeder Gottesdienst kann und soll zum Frieden bilden.*“ (S.36). Dieser Satz war übrigens schon in der Friedensdenkschrift „*Frieden wahren, fördern und erneuern*“ aus dem Jahr 1981 zu lesen. Doch anscheinend wurde er damals leicht überlesen, weil die Aussagen zur Friedensdiskussion in der Kirche und zum Streit um die atomare Nachrüstung das hauptsächlichste Interesse fanden. Wenn die evangelische Kirche sich heute nun wieder darauf besinnt, welche vorrangige Bedeutung der Gottesdienst für das Verhältnis Gottes zu den Menschen und für den Frieden auf Erden hat, heißt das nicht, die Kirche ziehe sich mit der Verantwortung für Gerechtigkeit und Frieden in den frommen und sakralen Raum zurück. Ganz im Gegenteil: Der Gottesdienst ist der Ort, an dem Christen sich Gottes Frieden versichern, um ihn dann im kleinen und im großen Alltag der Welt in Wort und Tat zu bezeugen. Der Titel der neuen Friedensdenkschrift ist Programm: aus Gottes Frieden leben, um für gerechten Frieden zu sorgen.

Gewaltfreie zivile Konfliktbearbeitung

An drei Beispielen seien die Folgen dieses Programms verdeutlicht. Das erste gilt dem Ausbau der zivilen Konfliktbearbeitung. Sie sollte zum vorrangigen politischen Handlungsprinzip werden und eine Querschnittsaufgabe im Konzept des gerechten Friedens sein. Hierfür sind die in Deutschland und anderenorts noch äußerst geringen finanziellen Mittel aufzustocken. Das Missverhältnis zu den für Militär und Rüstung in großem Maß bereit gestellten Ressourcen ist zu überwinden. Die in der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) versammelten christlichen Friedensdienste bieten an Versöhnung, Wahrheit und Gerechtigkeit ausgerichtete Trainings zur Gewaltprävention und Gewaltüberwindung und komplexe Ausbildungen in Friedensfach- und Entwicklungsdiensten. Die Vorarbeit für einen Paradigmenwechsel der Politik von gewaltsamer militärischer zu gewaltfreier ziviler Konfliktbearbeitung ist geleistet.

Die Bedeutung des Rechts

Das zweite gilt der Bedeutung des Rechts. Das ethische Leitbild des gerechten Friedens ist zu seiner Verwirklichung auf das Recht angewiesen. Die globalisierte Welt braucht den Ausbau einer internationalen Rechtsordnung, die auch die Grenzen militärischen Gewalteinsatzes nach der Ethik rechtserhaltender Gewalt festlegt. Im heutigen völkerrechtlichen Kontext wird eine rechtmäßige Autorisierung militärischer Zwangsmittel nur noch als eine internationale Polizeiaktion nach den Regeln der UN-Charta für denkbar gehalten. Die Konsequenzen für die Transformation der Bundeswehr diskutiert die Denkschrift nicht mehr. Doch die Richtung für den Umbau von militärischen Kriegsstreitkräften in internationale Polizei- bzw. Deeskalationskräfte ist aufgezeigt.

Ächtung der Atomwaffen

Das dritte gilt der Bewertung atomarer Waffen. Im Kontext der Überlegungen zu Abrüstung und Rüstungskontrolle wird festgestellt, aus der Sicht evangelischer Friedensethik könne die Drohung mit Nuklearwaffen *heute nicht mehr* (kursive Hervorhebung im Original) als Mittel legitimer Selbstverteidigung angesehen werden. Mit dieser Aussage wird angesichts der veränderten weltpolitischen Lage bewusst die in der Friedensdenkschrift von 1981 nochmals bekräftigte Position der These VIII der Heidelberger Thesen aus dem Jahr 1959 aufgegeben, die die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkannte. Diese nun erstmals von der Evangelischen Kirche in Deutschland ausgesprochene umfassende Ächtung der Atomwaffen unterstützt alle Forderungen von Friedensgruppen, die letzten in Deutschland – übrigens im Verantwortungsbereich der Luftwaffe der Bundeswehr – lagernden Atomwaffen abzuziehen.